

Nr. 20/55

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Stand und Umsetzung des Küstenschutzes im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2019
(Drucksache [20/94](#))

Nr. 20/56

Original Play nach Donaldson in Bremer Betreuungseinrichtungen verbieten

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/158](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 20/57

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. November 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2019
Mitteilung des Senats vom 24. September 2019
(Drucksache [20/86](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltslage gem. § 3 Abs. 2
Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2019
Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2019
(Drucksache [20/91](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds
Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2019
(Drucksache [20/114](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 30. Oktober 2019
(Drucksache [20/117](#))

- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
5. Wahl eines Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau
Kerstin E c k h a r d t
anstelle von Herrn
Yakup Metih C e l i k
zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
6. Benennung eines Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)
- Die Bürgerschaft (Landtag) benennt als Mitglied des KGRE den Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch
7. Änderung der Geschäftsordnung und Neufassung der Datenschutzordnung der Bürgerschaft
- Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 11. November 2019
(Drucksache [20/126](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Änderung der Geschäftsordnung und die Neufassung der Datenschutzordnung der Bürgerschaft.
8. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Rechtsausschusses
- Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019
(Drucksache [20/128](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
9. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
- Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019
(Drucksache [20/129](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
10. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
- Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019
(Drucksache [20/130](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
11. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Controllingausschusses
- Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019
(Drucksache [20/131](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

12. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/132](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
13. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Hafenausschusses
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/133](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
14. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Petitionsausschusses
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/134](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
15. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/135](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
16. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/136](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
17. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/137](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
18. Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019 (Drucksache [20/138](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

19. Mitglieder der staatlichen Deputation für Inneres
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/139](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
20. Mitglieder der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/140](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
21. Mitglieder der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft
und Tierschutz
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/141](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
22. Mitglieder der staatlichen Deputation für Kultur
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/142](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
23. Mitglieder der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwick-
lung
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/143](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
24. Mitglieder der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/144](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
25. Mitglieder der staatlichen Deputation für Sport
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/145](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
26. Mitglieder der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/146](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

27. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 2

vom 13. November 2019
(Drucksache [20/165](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/58

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Herr Grotheer leistet gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde.“

Herr Grotheer leistet den Eid mit folgenden Worten:

„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 20/59

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

„Neue Perspektiven statt alter Ausreden – Landeskrankenhausplanung und kommunale Kliniken in Bremen brauchen einen Neustart“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

„Anschläge auf die Immobilienwirtschaft – Dem Linksextremismus entschlossen entgegenzutreten!“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Sascha Aulepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

„Die Grundrente – ein wichtiger Schritt gegen Altersarmut in Bremen“.

Nr. 20/60

30. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention: Die Stärkung der Kinderrechte bleibt eine Zukunftsaufgabe!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD, DIE LINKE und der FDP
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/175](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich anlässlich des heutigen 30. Jahrestages erneut zur UN-Kinderrechtskonvention und würdigt diese Errungenschaft.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Ziele und Rechte und wird stets darauf achten, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention gewahrt und weitergehend verwirklicht werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle Initiativen, die die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven fördern und sich dafür einsetzen, dass die Kinderrechte im Land Bremen unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, zum Beispiel über die Curricula in Kindertagesstätten und Schulen, bekannter gemacht werden, so dass in der Gesellschaft ein breites Bewusstsein für die Kinderrechte erreicht wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) ermutigt die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, dem Programm der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk und UNICEF beizutreten und sich um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ zu bemühen.

Nr. 20/61

Das Bremer Stahlwerk braucht politische Unterstützung!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 19. November 2019

(Neufassung der Drucksache [20/103](#) vom 18. Oktober 2019)

(Drucksache [20/176](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt sich mit der Belegschaft sowie mit der Geschäftsführung von ArcelorMittal Bremen solidarisch in dem Ziel, das Bremer Stahlwerk wettbewerbsfähig und klimafreundlich aufzustellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten über die Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven den gesamten Instrumentenkasten, angefangen von Kurzarbeitergeld bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildungen, schnell und unkompliziert nutzen können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, zeitnah Zollkontingente für Stahlerzeugnisse und die Einführung eines neuen CO₂-Grenzabgabensystems einzuführen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bis zur Realisierung dieser Maßnahmen und durch die nationalen Maßnahmen zur Verstärkung des dringend erforderlichen Klimaschutzes für die Stahlindustrie, der Betrieb und die Fähigkeit dieser Industrie zu klimaschützenden Investitionen nicht gefährdet, sondern gestärkt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass EU-Programme und nationale Programme in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit dem Bund und ArcelorMittal ein Projekt zur Nutzung von grünem Wasserstoff als Grundstoff für die Stahlherstellung zu unterstützen und dafür Drittmittel des Bundes und der Europäischen Union einzuwerben.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, die bremischen und deutschen Stahlwerke müssen einen Innovationssprung bewältigen. Daher werden, wie

von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gefordert, kurzfristig zukunftsweisende, technologieoffene und mit ausreichend Mitteln ausgestattete Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes benötigt, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, aber auch großmaßstäbliche Projekte der Stahlindustrie zielgerichtet und praktikabel unterstützen. An diesen Förderprogrammen sollen das Bremer Stahlwerk und Bremer und Bremerhavener Forschungseinrichtungen partizipieren können. Neben den anfallenden Investitionskosten sollen im Rahmen der Förderprogramme auch die Betriebskosten des ökologischen Umbaus der Stahlindustrie berücksichtigt werden.

Nr. 20/62

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Bundesmeldegesetzes hier: Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Eintragung von Auskunftssperren für Berufsgruppen, die sich aufgrund ihrer Berufsausübung in einer Gefährdungslage befinden oder Privatpersonen, die durch ihr grundrechtskonformes Verhalten zur Zielscheibe gewaltbereiter Gruppen geworden sind

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2019
(Drucksache [20/108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/63

Landwirte bei der Ausweitung der Düngeverordnung nicht alleine lassen!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 12. November 2019
(Neufassung der Drucksache [20/96](#) vom 2. Oktober 2019)
(Drucksache [20/155](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/64

**Gesetz zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag
Gesetz zur Änderung des Bremischen Glücksspielgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 19. November 2019
(Drucksache [20/172](#))
(Neufassung der Drucksache [20/104](#) vom 22. Oktober 2019)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Gesetze in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/65

Fragestunde

1. Tarifflicht in der Gebäudereinigung
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Ingo Tebje, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2019
2. Wie steht es um den Aufbau einer Medizinausbildung in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2019

3. Interessenvertretung der Pflegenden in Bremen „substanziell verankern“ – wie und ab wann?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2019
 4. Umsetzung des Bundesprogramms „Neustart im Team“
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2019
 5. Gleichstellung der Verkehrsträger auch im Bremischen Reisekostengesetz?
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2019
 6. Fristgerechte Auszahlung von Wohngeld
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. September 2019
 7. Sitzmöglichkeiten ohne Verzehrzwang im Flughafen Bremen
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2019
 8. Fehrmoor in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. Oktober 2019
 9. Militante Neonazigruppe „Phalanx 18“
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. Oktober 2019
 10. Aktionen der Interventionistischen Linken (IL) in der Umweltbewegung
Anfrage des Abgeordneten Mark Runge und Gruppe M. R. F. vom 21. Oktober 2019
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Verfassungsschutz wirbt um Mithilfe der Bremer Bürger im Kampf gegen „Rechts“
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck, AfD-Einzelabgeordneter vom 21. Oktober 2019
 12. Finanzielle Unterstützung vom Senat für neue stationäre Hospizplätze?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Oktober 2019
 13. „Original Play“ in Kindertageseinrichtungen des Landes Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Oktober 2019
 14. Wie ist die Fachstelle für Glücksspielsucht aufgestellt?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 29. Oktober 2019
 15. Vergiftungen durch E-Zigaretten
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Holger Welt, Petra Krümper, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. November 2019
 16. Cyberkriminalität in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. November 2019

17. Beurteilt der Senat die ehemalige DDR als Unrechtsstaat?

Anfrage des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. November 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/66

Der Anschlag von Halle ist unser Auftrag, dem Antisemitismus und allen anderen Formen von Menschenverachtung kontinuierlich und entschieden entgegenzutreten!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2019
(Drucksache [20/147](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den rechtsradikalen Terrorangriff in Halle/Saale aufs Schärfste. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der beiden Todesopfer und den in der Synagoge sowie dem türkischen Imbiss bedrohten Menschen. Unser Dank gilt den Einsatz- und Rettungskräften vor Ort, die durch ihr Eingreifen noch Schlimmeres verhindert haben. Unsere Solidarität gilt allen Opfern dieses Anschlages und deren Familien. Niemals dürfen in unserem Land Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Einstellung Angst um Leib und Leben haben müssen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine vollständige Aufklärung der Tat. Dazu gehört die Klärung, wer die Tat durch Waffen, Waffenteile oder Instrumente zum Waffenbau, durch Finanzierung oder Logistik oder durch formelle oder informelle Netzwerke oder in den sozialen Medien unterstützt oder gebilligt hat. Zu klären ist auch, welche Plattformen im globalen Kontext derartigen kriminellen Missbrauch ermöglichen, erleichtern oder befördern.
3. Seit einigen Jahren trifft sich ein „Forum jüdisches Leben in Bremen“ zum regelmäßigen Austausch. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Präsidenten der Bürgerschaft gemeinsam mit dem Präsidenten des Senats, dieser Initiative unter ihrer Schirmherrschaft als „Forum der Freundinnen/Freunde der Jüdischen Gemeinde für die Förderung des jüdischen Lebens in Bremen“ einen festen Rahmen zu geben. Ziel und Arbeitsweise werden in einer gemeinsamen Grundsatzerklärung (Letter of Intent) festgehalten.
4. Diesem Forum sollen neben Vertreterinnen/Vertretern der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft und des Senats, unter anderem die anderen Glaubensgemeinschaften, die Handelskammer, die Arbeitnehmerkammer, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Landeszentrale für politische Bildung, die Deutsch-Israelische-Gesellschaft, die Medien sowie die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Wohlfahrtsverbände angehören.

Nr. 20/67

ENTschlossen und GESchlossen politischem Extremismus den Kampf ansAGEN

Antrag der Fraktion der CDU vom 12. November 2019
(Drucksache [20/157](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/68

Den Angriff der Türkei in Syrien sofort stoppen! Für ein friedvolles Zusammenleben statt militärischer Gewalt

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/148](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den völkerrechtswidrigen türkischen Angriff in Nordost-Syrien auf das Entschiedenste und solidarisiert sich mit der betroffenen Zivilbevölkerung.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die türkische Regierung auf, einen friedlichen Weg einzuschlagen und das Militär sofort aus Nord-Syrien abzuziehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Aufklärung möglicher oder tatsächlicher Kriegsverbrechen durch die zuständigen Gremien der Vereinten Nationen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die Rolle an, die die Türkei als Aufnahmeland für syrische Flüchtlinge übernommen hat. Die Konflikte in der Region müssen – im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht – mit politischen und diplomatischen Mitteln und nicht auf militärischem Wege ausgeräumt werden. Oberste Priorität müssen der Schutz der Zivilbevölkerung und der ungehinderte, sichere und dauerhafte Zugang für humanitäre Hilfe überall in Syrien haben.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt der internationalen Koalition im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Sie haben Europa und die Welt bedeutend sicherer gemacht.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass mehrere Länder, darunter Deutschland, Waffenexporte in die Türkei gestoppt haben und fordert ein EU-weites konsequentes Waffenembargo.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) tritt in Bremen dafür ein, dass jede/jeder in Bremen mit seiner kulturellen Identität sicher und friedlich leben kann.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich an die Seite aller demokratischer Kräfte, die ein Ende des Konflikts fordern.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) steht weiterhin für friedliches und dialogorientiertes Miteinander. Der in der Türkei und in Syrien ausgetragene Konflikt darf auf keinen Fall auf Bremen übertragen werden.

Nr. 20/69

Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen in Bremen sichtbar machen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP
vom 11. November 2019
(Drucksache [20/127](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) eine Flagge zu entwickeln, die die Ziele der Istanbul-Konvention und zwei zentrale Botschaften öffentlich vermittelt: Wir ächten jede Form von Gewalt und wir bieten Betroffenen in Bremen und Bremerhaven Schutz. In diesem Zusammenhang sind ausreichende Schutzräume und Projekte für Frauen und Mädchen zur Stärkung gegen Gewalt und Unterdrückung von elementarer Bedeutung.

Nr. 20/70

Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Bremen endlich umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/170](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/71

Distanz-Elektroimpulsgeräte im Einsatz- und Streifendienst im Land Bremen flächendeckend einsetzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/159](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/72

Zukunftsperspektiven der Offshore-Windindustrie im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. August 2019
(Drucksache [20/32](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2019

(Drucksache [20/105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/73

„Fahren ohne Fahrschein“ entkriminalisieren

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 22. Oktober 2019
(Drucksache [20/109](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Bundesratsinitiative Thüringens, mit der die unbefugte Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels als Straftatbestand aus dem Strafgesetzbuch (StGB) gestrichen und als Ordnungswidrigkeit in das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) eingefügt werden soll, zu unterstützen.

Nr. 20/74

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2019
(Drucksache [20/115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/75

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mustafa G ü n g ö r

anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten

Dr. Andreas B o v e n s c h u l t e

zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 20/76

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sprachbildung und -förderung in Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 23. Oktober 2019
(Drucksache [20/111](#))
2. Fachärztliche Versorgung für Papierlose sicherstellen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Oktober 2019
(Drucksache [20/112](#))
3. Mikroplastikbelastungen von Umwelt und Natur deutlich reduzieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. November 2019
(Drucksache [20/120](#))
4. Kein Asyl für Kriminelle mit Einreiseverbot!
Antrag der Fraktion der CDU vom 12. November 2019
(Drucksache [20/150](#))
5. Das Wahlrecht für Obdachlose stärken
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 12. November 2019
(Drucksache [20/154](#))
6. Klimaschutzstrategie für Bremen: Enquete-Kommission einsetzen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 12. November 2019
(Drucksache [20/156](#))
7. Änderung des Abgeordnetengesetzes
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 18. November 2019
(Drucksache [20/166](#))
8. Änderung des Gesetzes zur Finanzierung von Wählervereinigungen
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 18. November 2019
(Drucksache [20/167](#))